Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Plinganserstraße Nr. 64.

INHALT:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 48 **München, 27. November 1931** **18. Jahrgang**

1931 Wochenkalender 5692

	Nov.	Kislew	Bemerkungen
Sonntag	29	19	
Montag	30	20	
	Dez.		
Dienstag	1	21	
Mittwoch	2	22	
Donnerst.	3	23	
Freitag	4	24	
Samstag	5	25	Chanukah 1 שבת דחנוכה וישב מברכין החדש הפטרה רני ושמחי (Zach. 2, 14—17. 3, 1—10. 4, 1—7)

Jüdischer Arbeitsnachweis

München, Herzog-Max-Str. 5/I • Tel. 92 8 83

Wir bitten sich bei Bedarf unseres Arbeitsnachweises zu bedienen. Gut empfohlene und bewährte Kräfte stehen zur Verfügung.

Wir führen nachstehend einige auf:

I. Büro- und Verkaufskräfte:

Nr. 8 Anfangskontoristin, in Stenographie und Schreibmaschine bewandert.

Nr. 9 Buchhalterin, perfekt in allen Buchhaltungsarbeiten, Kenntnisse in Stenographie und Schreibmaschine.

Nr. 10 Kontoristin, mehrjährige Praxis in Registraturarbeiten, Buchführung, Stenographie und Schreibmaschine.

Nr. 11 Selbständige Korrespondentin, Riemerschmidsche Handelsschule, langjährige Praxis im Bankwesen.

Nr. 12 Anfangsverkäuferin, für Tuch- und Futterstoffe, 19 Jahre, dreijährige Lehrzeit.

II. Hausgehilfinnen:

Nr. 13 Haushälterin, die rit. Haushalt selbständig führen kann, mit langjähriger Praxis.

Nr. 14 Dame zur Führung eines Haushaltes oder zur Pflege von älteren und leidenden Personen sehr gut geeignet, mit Praxis in derartigen Stellen und guten Zeugnissen.

III. Sonstiges:

Nr. 15 Stickerin, gut empfohlen, die alle einschlägigen Arbeiten sorgfältigst ausführt und auch alle religiösen Gebrauchsgegenstände bestens anfertigt.

Nr. 16 Schneiderin, geschickt in allen Arbeiten zu billigsten Preisen in und außer dem Hause.

ZIMMER VERMIETEN:

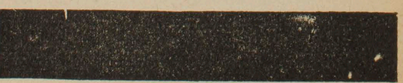
Mach, Herzog-Rudolf-Straße 33/II, schönes, groß möbliertes Zimmer mit 2 Betten, RM. 30.—.

Lövenstein, Zweibrückenstraße 1/II, ein möbliertes Zimmer, RM. 30.—.

Koch, Jahnstraße 7/I, ein einfach möbliertes Zimmer, RM. 20.—.

Wasserstrom, Maximilianstraße 10, zwei leere Zimmer für Büro geeignet. Preis RM. 60.—.

Traub, Jutastraße 14, zwei schöne, neu hergerichtete Zimmer, davon ein Zimmer leer, eines möbliert, eventuell beide leer, RM. 60.—.



Das Jüdische Echo

Nummer 48 | 27. November 1931 | 18. Jahrgang

Die jüdische Tragödie in Polen

Es kann wohl kaum ein Zweifel bestehen, daß wenn die gegenwärtige auf der ganzen Welt herrschende schwere Wirtschaftskrise nicht überall so sehr die Aufmerksamkeit für die eigenen Nöte in Anspruch nähme, die Lage der polnischen Judenheit das öffentliche Interesse der Welt erzwingen und vor allem im Vordergrunde der Probleme der jüdischen Welt, gebieterisch irgend eine Lösung heischend, stehen würde. Es scheint aber, daß der Zeitpunkt herannaht, wo die Weltjudenheit doch trotz allgemeiner Nöte ihre besondere Aufmerksamkeit der Frage wird zuwenden müssen, was mit der Dreimillionenmasse der polnischen Juden zu geschehen hat. Auch in der Not gibt es Grade der Kraft des Aushaltens, bei deren Überschreiten sie den Rahmen ihres bisherigen Schauplatzes sprengt und zu einer Gefahr für die weitere Umgebung wird.

Die herrschende Weltkrise ist nicht die Hauptursache der haltlos gewordenen Lage der polnischen Juden, wenn sie auch zu ihrer Verschärfung stark beigetragen hat. Die Existenz der polnischen Juden war vor dem Weltkriege auf den Handelsbeziehungen Polens zum großen russischen Absatzmarkt aufgebaut. Die neuen staatlichen Verhältnisse schnitten ihnen mit einem Male diese Grundlage ab und eine neue konnte bisher aus politischen und politisch-wirtschaftlichen Gründen nicht geschaffen werden.

Die tragische Entwicklung zur heutigen jüdischen Lage hat zwei Grundursachen: der Charakter der Juden als fast ausschließliches städtisches Element und die grundsätzlich antijüdische Einstellung der herrschenden Kreise in Polen, ohne Unterschied ihrer Parteistellung. Jene ist ein Produkt der historischen Entwicklung des jüdischen Daseins; gegen diese wird andauernd, aber vergebens, angerannt wie gegen eine tote Wand von der kein Wiederhall kommt. Polen ist bis zu 70 Prozent Agrarland. Die Landwirtschaft hat auch in Polen aus weltwirtschaftlichen Zusammenhängen keinen leichten Stand, aber der polnische Bauer ist genügsam und seinen dringendsten Lebensbedarf deckt er in der eigenen Wirtschaft. Aus diesen Tatsachen ergibt sich zwangsläufig besonders die innere Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung. Sie läuft auf Schonung des Dorfes und dafür auf um so schwerere Belastung der Stadt hinaus. Die Juden aber wohnen in den Städten. Die ganze innere und äußere Handels- und Zollpolitik Polens wird von dieser Lage bestimmt. Ist somit Handel und Industrie, jüdische und nichtjüdische, übermäßig belastet, so suchen die herrschenden Kreise die Last des polnisch-städtischen Elements durch entsprechende Wirtschaftsmaßnahmen, durch die Kredit- und Monopolpolitik der Regierung, durch die Praktik der autonomen Behörden auf Kosten der Juden zu verringern. Hier wirkt sich, neben dem sonstigen Verhalten der Regierung auf vielen anderen Lebensgebieten, die zusätzliche Bedrückung und Benachteiligung der Juden aus. Der neue polnische Staat praktiziert einen inneren Protektionismus, der gegen den jüdischen Kaufmann, den jüdischen Handwerker und Industriellen gerichtet ist. Er wird überall zurückgesetzt und benachteiligt. Es bestehen in Polen keine die Juden beschränkenden Gesetze. Aber sie sind überflüssig. Sie werden durch die Praxis ersetzt. Die Regierung betont, daß sie unter den Staatsbürgern keinen Unterschied mache. Aber sie verletzt ein Elementarrecht des jüdischen Staatsbürgers, wie es das Recht auf Arbeit ist. Regierung und autonome Köperschaften schließen Juden aus dem Verwaltungsdienst vollständig aus. Monopole und sonstige Staatsbetriebe, wie die riesige Waldindustrie, beschäftigen keine Juden. Es bestehen Gesetze, die für alle gelten, die aber ihre Spitze gegen die Juden richten, indem sie ohne Rücksicht auf ihre tatsächlichen Verhältnisse und ihren geschichtlichen Werdegang gegen sie nach dem Buchstaben ihre Anwendung finden. So u. a. das Handwerkergesetz, das mit rückwirkender Kraft die Beibringung eines Befähigungsnachweises fordert. Die polnischen Handwerker können sich einen solchen Nachweis in den seit dem Mittelalter bestehenden, natürlich judenreinen Zünften beschaffen. Für die Juden ist dies mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden; in sehr vielen Fällen ist ihnen diesen Nachweis zu beschaffen, vollkommen unmöglich. Den für die Juden besonders eingerichteten gewerblichen Prüfungen müssen sich auch ältere und bejahrte Handwerker unterwerfen, die für sie mit Schwierigkeiten und Hindernissen verschiedenster Art verbunden sind. Ein Handwerker aber, der keinen Befähigungsnachweis beibringt, darf keine Lehrlinge beschäftigen. Seine eigene Existenz und die Zukunft des Handwerks selbst ist dadurch gefährdet. In den Handwerkerschulen der Regierung erreicht die Zahl der jüdischen Zöglinge kaum 2 Prozent. Es wurden besondere jüdische Handwerkerschulen eingerichtet, die aber keine Rechte genießen und von der Regierung finanziell vernachlässigt werden.

Der wirtschaftliche Niedergang der Mittel- und Vermittelungsschichten, sowie der Kleinindustrie, die die Hauptmasse der Juden Polens umfassen, nahm bereits vor dem Weltkriege seinen Anfang. Aber während die Folgen dieser Erscheinungen unter anderen Völkern sich drohend vor ihren Regierungen aufrichten und von ihnen Abhilfe oder Abbiegung der gefährlichsten Auswirkungen erzwingen; während sie in einer normalen Berufsschichtung durch die natürliche Entwicklung anderer Lebensgebiete einen kleineren oder größeren Ausgleich erfahren und in ihnen vor allem eine Stütze vor dem Äußersten finden, erhielt diese Entwicklung bei den Juden den Charakter eines unaufhaltsamen Verhängnisses. Noch mehr, das Vernichtungstempo wurde bei ihnen durch die Faktoren, von denen sie rechtmäßig Hilfe erwarten sollten, noch beschleunigt. Ihre einzige Stütze ist die Wohltätigkeit in der eigenen Gemeinschaft, im Lande und außerhalb seiner Grenzen; ein Aus-

weg, der keiner ist, eine Rettung für den Augenblick. Die Wohltätigkeit bildete und bildet bis zum heutigen Tage nur eine Verschleierung der wahren Lage, um sie später um so krasser nach außen treten zu lassen. Vor einem solchen Resultat stehen wir heute nach dem plötzlichen Versagen der amerikanisch-jüdischen Unterstützung durch den „Joint", der jahrelang in Verbindung mit Verwandten-Geldsendungen aus Amerika ganze Schichten des polnischen Judentums vor dem Verhungern rettete. Jetzt bleibt diese Hilfe bis zu fast Neunzehnteln aus. Die Leistungsfähigkeit der jüdischen Gemeinschaft im Lande selbst ist durch die in gewaltigem Tempo fortschreitende Verarmung den zunehmenden Anforderungen immer weniger gewachsen.

Dieser systematischen Benachteiligung der Juden durch die maßgebenden Landesfaktoren stehen ihre eigenen Leistungen an Staat und Gesellschaft kraß gegenüber. Die Juden zahlen bis zu 40 Prozent aller direkten Steuern, während sie nur zehn bis elf Prozent der Gesamtbevölkerung bilden. Die Steuermaschine drückt auf sie mit unbarmherziger Strenge. Das Milliardenbudget wird zu einem großen Teile von Juden gedeckt. Steuern werden oft mit Groschen bezahlt, die für das trockene Brot bestimmt sind. Die Juden sind praktisch mit einer vielfachen Steuerlast gegenüber den Nichtjuden belegt. Sie müssen ihre Mittelschulen selbst erhalten; das gleiche gilt von den bereits erwähnten Fachschulen.

Vor einiger Zeit erließ die Regierung eine neue Verordnung für die jüdischen Gemeinden, die ihre Kompetenz auf das schwerste einschränkt. Sie begrenzt die Ausgaben der Gemeinde auf den rein religiösen Bedarf, zu einer Zeit, wo die Regierung selbst ihren ohnehin beleidigend geringen Beitrag für jüdisch-religiöse Zwecke noch um einige zehntausend Zloty im neuen Budget verkürzt hat. Die Regierung hat ein einfaches Mittel gefunden, den Juden die Steuerlast zu „erleichtern". Sie verbietet ihnen die Aufbringung von Mitteln für die Erhaltung der jüdischen sozialen und kulturellen Institutionen, für die sie bisher aus Gemeindemitteln, in Ermangelung jeder staatlichen Unterstützung selbst sorgen mußten. Wer dafür in Zukunft aufkommen soll, darüber macht sich die Regierung anscheinend keine Gedanken. Die nichtjüdischen Instiutionen ziehen einen großen Teil ihrer Einnahmen von den städtischen Juden, geben aber für sie nichts. Man hat sich bereits daran gewöhnt, daß die Juden für die Allgemeinheit zahlen, daß sie aber mit ihren eigenen Bedürfnissen auf die Unterstützung ihrer amerikanischen Verwandten angewiesen sein sollen.

Die jüdischen Kulturbedürfnisse — das bildet ein Kapitel für sich. Wir haben bereits erwähnt, daß die Juden ihre eigenen Mittelschulen unterhalten. Diese wie die anderen jüdischen Schulen kosten die Regierung keinen Pfennig. Sie werden von freiwilligen Leistungen der jüdischen Gemeinschaft unterhalten und ihr Dasein ist von einer einzigen Kette von Sorgen und Schwierigkeiten ausgefüllt. In diesen Schulen wird der staatliche Lehrplan eingehalten. Die Lehrer unterliegen der Bestätigung der staatlichen Schulbehörden. Die pädagogischen Ergebnisse sind nach den Aussagen der staatlichen Schulinspektoren glänzend. Trotzdem wird ihnen das Öffentlichkeitsrecht versagt und werden ihnen verschiedene Schwierigkeiten bereitet.

Das jüdische Hochschulelend in Polen ist bekannt. Es gibt hier keinen besonders gegen die Juden gerichteten Numerus Clausus; in der Praxis wird er gegen sie rigoros gehandhabt. Juden, denen der Staat so viele Existenzquellen abschneidet oder erschwert, wurden in diesem Jahre zu den Hochschulen nur scharf im Rahmen ihres anteilmäßigen Verhältnisses zur Gesamtbevölkerung zugelassen, vielfach auch darunter, wie z. B. zur Handelshochschule in Warschau mit 4 Prozent, und zur landwirtschaftlichen Abteilung mit 2,5 Prozent. Nicht ein Jude aber derjenigen, die im Auslande Medizin studierten und ihr Studium in Warschau fortsetzen wollten, wurde angenommen. Es gab Juden, die ihre Prüfung zum dritten bis vierten Male abgelegt hatten; sie konnten aber an manchen Abteilungen, wie Medizin, Dentistik, Pharmazie und Architektur ihre Zulassung nicht erreichen! Wir haben z. B. gelesen, daß dieses Jahr in Warschau von dreihundert Ansuchern nur 15 angenommen wurden. Die gleichen Zustände herrschen auf allen polnischen Hochschulen. Die jüdischen Studenten sind auch sonst verschiedenen Erschwerungen und Angriffen ausgesetzt. Juristische Studenten müssen nach dem Gesetz eine einjährige Gerichtspraxis durchmachen. Die christlichen Studenten finden eine solche Stelle nach kurzer Zeit, die jüdischen müssen ein Jahr warten. Außerdem: der erstere wird bezahlt, der jüdische muß ohne Entschädigung arbeiten.

Es ist schwer, sich die ganze Tragik der Lage zu vergegenwärtigen. Tatsächlich wissen die jüdischen Eltern mit ihren Kindern nichts anzufangen. Die jüdische Jugend sieht für sich jede wirtschaftliche Zukunft abgeschnitten. Ein Teil von ihr geht an den Kommunismus und damit zumeist dem Judentum verloren. Er füllt in zunehmenden Maße die polnischen Gefängnisse. Ein großer Teil der Jugend stellt sich auf Palästina ein, doch sind hier die realen Möglichkeiten vorerst verschwindend klein gegenüber der Masse der Bereitstehenden.

Es hat sich bisher noch keine polnische Regierung gefunden, die alle die Eingaben und Denkschriften von jüdischer Seite beachtet hätte. Sie nimmt sie entgegen und geht über sie zur Tagesordnung über, so daß in letzter Zeit sogar von solchen Versuchen Abstand genommen wird. Im Gegenteil, alle ihre Maßnahmen wirken dahin, daß die Juden immer mehr an die Peripherie des wirtschaftlichen Geschehens abgedrängt werden. Die Folgen sind auch verheerend. Sie können nicht besser geschildert werden als in den folgenden Sätzen, die einer Budgetrede des jüdischen Abgeordneten Rosmarin auf einer der letsten Sejmssitzungen entnommen sind: „Man braucht das Leben der Juden nicht besonders zu studieren. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß es einen Handel, der die Hauptexistenzgrundlage der jüdischen Bevölkerung bildete, nicht gibt, daß das Handwerk ohne Beschäftigung dasteht, daß das Dorf, das den Juden, besonders der Kleinstadt, noch irgendeinen Verdienst geboten hatte, ihm heute keinen Stützpunkt mehr gewährt. Wenn Sie die Tatsache beachten, daß die verschiedenen Finanzoperationen aller Regierungen, angefangen von Herrn Grabski, die Juden ihres Kapitals beraubt haben, daß diese Finanzatraktionen zum Ruin des

Judentums geführt haben, daß es heute lächerlich ist, von Juden als Repräsentanten irgendeines Kapitals zu sprechen. Wenn sie dies alles in Erwägung ziehen, so müssen Sie zur Überzeugung kommen, daß eine Hilfe kommen muß."

Doch diese Hilfe kommt nicht. Alle Äußerungen der jüdischen sozialen Hilfsstellen in Polen bilden in letzter Zeit einen einzigen Hilfsschrei. Sie drücken das Stöhnen hunderttausender Menschen aus, die sich nicht mehr selbst helfen können und die nicht mehr wissen, wo sie die allerdringendsten Bedürfnisse decken sollen. Es gibt keinen Verdienst, kein Kapital und keine Reserven. Die Lumpenproletarisierung geht mit rasenden Schritten vor sich. Wenn man die jüdische Bevölkerung in Polen statistisch erfassen würde, es würde sich ergeben, daß Zehntausende, ja Hunderttausende, von ihnen nicht in der Lage sind, sich mit irgendeinem Beruf auszuweisen. Der Kaufmann, der Handwerker, der Agent, es sind Menschen, die von der Luft leben. Die Rückständigkeit des kapitalarmen Landes und die Niederhaltung der Schaffensenergie eines so bedeutenden Bevölkerungsteiles, wie die drei Millionen polnischer Juden vorstellen, verhindert die Schaffung von neuen Erwerbsquellen. Eine Krise besteht heute auch in anderen Ländern; sie ist jedoch zumeist jungen Datums. Es sind noch Reserven da. In Polen ist die jüdische Not Tradition. Die Zusammenballung so vieler destruktiver Faktoren geht an die Lebenswurzel der jüdischen Gemeinschaft in der einfachsten physischen Bedeutung.

Man pflegte bisher das Problem zu stellen: entweder vollständige Verelendung, oder Auswanderung. Die zweite Alternative ist heute ausgeschaltet. Die Grenzen sind geschlossen; ein Abfluß ist nicht möglich. Heute steht die Lage: Rettung im Lande selbst, oder vollständige Verelendung. Objektiv sind die Aussichten für die erste Möglichkeit verzweifelt gering. Man sollte zwar annehmen, daß es auch noch in Polen Menschen gibt, die sich der Einsicht der Zweischneidigkeit einer solchen Entwicklung nicht verschließen. Es kann kein Staat auf die Dauer gesund bleiben, in dessen Mitte man einen kranken Herd bis zu solchem Grade sich entwickeln läßt. Für das Bestehen einer solchen Einsicht sind aber vorläufig gar keine Anzeichen vorhanden. Man tut nichts und man geht den gewohnten Weg des geringsten Widerstandes, als der er sich bisher darstellte.

Die zweite Schlußfolgerung ist in die Realität getreten. Sie macht schnelle Fortschritte. B. J.

Palästina-Wirtschaftsbericht der englischen Regierung

London, 20. November. (JTA.) Soeben ist der offizielle Bericht der englischen Regierung über die wirtschaftliche Lage in Palästina erschienen. Der vom Direktor des Departements für Zölle, Akzise und Handel der Palästinaregierung, K. W. Stead, abgefaßte Bericht stellt eingangs fest, daß Palästina noch immer an den Folgen der Unruhen im Spätsommer und Herbst des Jahres 1929 leidet; diese Ereignisse hätten das Land in seiner wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeworfen. Die Einnahmen der Palästinaregierung haben sich seit 1925 konstant vermindert und erreichten 1930 einen Stand, der um eine halbe Million niedriger war als der von 1925 (1925: Pfund 2 809 324; 1930: Pfund 2 389 546). Demgegenüber haben sich die Ausgaben seit 1925 von Jahr zu Jahr konstant erhöht. Während 1925 ein Überschuß von 800 000 Pfund erzielt wurde, verzeichnete man 1930 ein Defizit von 200 000 Pfund. Diese ungünstige Balance ist vornehmlich auf die Finanzkrise in den Vereinigten Staaten und in Europa zurückzuführen, als deren Folge sich das Zuströmen ausländischen Kapitals in der Form von Beiträgen zu den lokalen Institutionen, von Investierungen durch Juden in Landwirtschaft und Industrie beträchtlich verringert hat. Auch der Touristenstrom ist schwächer geworden.

Obwohl die Einfuhr noch immer ein Vierfaches der Ausfuhr ausmacht, ist in dieser Beziehung eine Besserung zu verzeichnen; die Importe haben sich seit 1929 beträchtlich verringert. Einigermaßen ausgeglichen wird die Handelsbilanz durch die unsichtbaren Importe (Kapitalseinfuhr), worunter die Ausgaben der zionistischen Fonds, der Touristen, die Einwanderer-Kapitalien, die Investierungen aus fremden Ländern usw. die wichtigsten sind. Die wirtschaftliche Stabilität Palästinas ist in einem hohen Maße von der Regelmäßigkeit und der Höhe der erwähnten Einkunftsquellen abhängig.

Im Jahre 1926 zählte man 6000, im Jahre 1927 7400 jüdische Arbeitslose. 1929 zählte man nur noch etwa 1000 und 1930 1030 jüdische Arbeitslose. In den Jahren 1926 bis 1930 betrug der Überschuß der jüdischen Einwanderung über die Auswanderung rund 10 000 (29 165 Einwanderer und 18 029 Auswanderer). Die nichtjüdische Einwanderung war demgegenüber um 2000 niedriger als die Auswanderung (5425 Einwanderer, 7368 Auswanderer). Heute gibt es in Palästina rund 30 000 jüdische Arbeiter, von denen 7000 in der Landwirtschaft, 4500 im Bauwesen und bei öffentlichen Arbeiten, 4000 in den Fabriken und großen Werkstätten, 3000 in kleinen Werkstätten, 1500 im Transportwesen und 10 000 in anderen Fächern tätig sind. Rund 75 Prozent der jüdischen Arbeiter in Palästina sind gewerkschaftlich organisiert.

1929 wurden aus den Vereinigten Staaten nach Palästina für zwei Millionen Dollar Waren (5,13 Prozent des gesamten Imports) eingeführt. Der Prozentsatz des Imports aus England betrug im gleichen Jahre 16,66 Prozent. 1930 betrug der amerikanische Import nur noch 250 000 Dollar. Die Ausfuhr aus Palästina nach den Vereinigten Staaten betrug 1929 nur 1,24 Prozent, der Export nach England 37,7 Prozent des Gesamtexports. 1930 wurde nach Amerika für nur 110 000 Dollar exportiert.

Bis 1929 stand Deutschland an der Spitze jener Länder, die Maschinen nach Palästina einführen. Aber seitdem Industrien errichtet wurden, in denen britisches Kapital investiert ist, hat sich der Import von Maschinen aus England erhöht und nahm 1930 den ersten Platz auf der Maschinen-Einfuhrliste ein. 1928 wurden aus England Maschinen im Werte von 42 235 Pf., aus Deutschland Maschinen im Werte von 74 029 Pf. und aus Amerika Maschinen im Werte von 6 293 Pf. eingeführt. 1929 betraf die Maschineneinfuhr aus England 88 710 Pf., aus Deutschland 96 530 Pf., aus Amerika 10 731 Pf. 1930 wurden aus England Maschinen im Werte von 131 492 Pf., aus Deutschland im Werte von 74 645 Pf., aus Amerika im Werte von 20 295 Pf. eingeführt.

Die Entwicklung der Industrie in Palästina (1928 zählte man 3505 Industrieunternehmungen) erweist sich am besten aus dem Import von Brennstoffen. 1930 wurdmen über 16 Millionen Liter Benzin (gegen 2,5 Millionen im Jahre 1929) in Palästina eingeführt. Der Import von Keroß verdreifachte sich gegen 1928 und betrug 1930 über 37 Millionen Liter. 1930 wur-

den in Palästina 16 500 Tonnen Brennöl (gegen nur 466 Tonnen im Jahre 1922) eingeführt.

Die Orangen-Saison 1930/31 war befriedigend sowohl hinsichtlich der eingeschifften Menge als auch der erzielten Preise. Der Bau des Haifaer Hafens, die Vorbereitung der Eisenbahn Haifa-Bagdad, das Tote Meer-Unternehmen nehmen eine sehr günstige Entwicklung. Anfang 1932 wird die Ruthenberg-Elektrizitätsstation eröffnet, wo dann eine beträchtliche Verbilligung des Strompreises platzgreifen wird. Der Verbrauch von Elektrizität in Palästina erhöht sich immer mehr, nach der Reduktion des Strompreises wird sich wohl ein Markt für häusliche elektrische Apparate entwickeln.

Vereidigung des neuen High Commissioner in Jerusalem

Jerusalem, 22. November. (JTA.) Bei Anwesenheit von etwa 300 Personen, den Leitern der einzelnen Verwaltungs-Departements der Regierung und den Repräsentanten der religiösen und zivilen Körperschaften des Landes, wurde der neue High Commissioner für Palästina, General Sir Arthur Grenfell Wauchope, am 19. November vormittags im Regierungshause, vor Antritt seines Amtes, vereidigt.

Gründung der Unabhängigen Misrachi-Landesorganisation Deutschlands

Berlin, 23. November. (JTA.) Am Sonntag, dem 22. November, fand in Berlin der Delegiertentag des Deutschen Misrachi statt, der von 43 Delegierten aus den verschiedensten Orten Deutschlands (Berlin, Breslau, Hamburg, Leipzig, Würzburg usw.) besucht war. Als Gast war Herr Davidson aus Holland anwesend.

Zu Vorsitzenden der Konferenz wurden die Herren R.-A. Dr. Aron Barth, Dr. Loewy (Breslau) und Isi Eisner gewählt. Das ideologische Referat lag in den Händen von Herrn Dr. Oscar Wolfsberg. Die organisatorischen Fragen wurden von Dr. Aron Barth behandelt. Das Thema „Unsere Arbeit in Erez Israel" behandelte Lazarus Barth, während R.-A. Dr. Michaelis über die Stellung der Jugend referierte. Nach einer eingehenden Debatte gliederte sich der Delegiertentag in Kommissionen: Für organisatorische, für Erez Israel-Arbeit und für Budget und Finanzen. Namens des Organisationsausschusses schlug Dr. Barth folgende Resolutionen vor, die einstimmig angenommen wurden:

Die Deutsche Misrachi - Landesorganisation hat sich am heutigen Tage als Unabhängige Misrachi-Landesorganisation Deutschlands konstituiert. Bei dieser Tagung sieht sie sich veranlaßt, drei grundlegende Feststellungen feierlich zu treffen:

1. Die U.M.L.O.D. bekennt sich in jeder Hinsicht zum Programm des Misrachi, das die Verwirklichung des Basler Programms auf der Grundlage und im Sinne des jüdischen Gesetzes erstrebt.

2. Die U.M.L.O.D. stellt mit hoher Befriedigung fest, daß alle Vertreter einig waren in der Frage nach der Aufrechterhaltung der einheitlichen misrachistischen Organisation in Deutschland.

Sie lehnt es deshalb ebenso ab, in ihre Reihen Spaltungen tragen zu lassen, wie sie es ihrerseits ablehnt, andere Landesorganisationen zu spalten, Teile von ihnen zu sich herüberzuziehen. Sie beabsichtigt demnach nicht die Gründung eines neuen Weltverbandes.

3. Die U.M.L.O.D. bedauert es schmerzlich, daß die Entwicklung es mit sich gebracht hat, daß die Reihen des Misrachi sich trennen mußten. Sie wird glücklich sein, wenn der Tag kommt, an dem alle Glieder des Misrachi im Weltmisrachi wieder vereinigt sein werden.

Ferner sind noch folgende Resolutionen zu erwähnen:

Die U.M.L.O.D. erklärt, daß in Fragen der Politik von ihr nicht Fraktionszwang geübt wird.

Die Konferenz des Deutschen Misrachi erhebt Protest gegen die Angriffe, die von Instanzen der Leitung der Jewish Agency und von anderen Seiten gegen die gegenwärtige Form der Autonomie des gesetzestreuen Chinuch unternommen worden sind, und gegen die Versuche, den gesetzestreuen Chinuch über das Maß der Parität hinaus einzuschnüren.

Zum Vorsitzenden der Landeszentrale wurde wieder einstimmig Dr. Oscar Wolfsberg gewählt. Neu eingetreten sind Dr. Grünberg, Dr. Rabin und Hauser. Zum Vorsitzenden des Zentralkomitees wurde Dr. Aron Barth gewählt. Das Pressedezernat wurde Herrn Lazarus Barth übertragen.

Vorher, am Sonnabend abend, veranstaltete der Misrachi eine von etwa 500 Personen besuchte öffentliche Kundgebung.

Aus der jüdischen Welt

Zwei aufsehenerregende Reichsgerichtsurteile

Berlin, 17. November. (JTA.) Wie aus Leipzig gemeldet wird, hat am 16. November der Zweite Strafsenat des Reichsgerichts in der Frage der Kollektivbeleidigung von Juden durch Nationalsozialisten in zwei Fällen schwerwiegende Entscheidungen gefällt.

Im ersten Fall handelt es sich um den bekannten Prozeß gegen den Redakteur des „Hirschberger Beobachters", Paul Franke, der in erster Instanz wegen öffentlicher Beleidigung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, aber von der Strafkammer des Landgerichts Görlitz als Berufungsgericht freigesprochen worden war, da sich das Landgericht auf den Standpunkt stellte, in den inkriminierten Ausführungen fehle es an einer bestimmten Beziehung zu einem genauer umschriebenen Kreise von Angehörigen des Judentums. In einer erneuerten Revision machten die jüdischen Nebenkläger geltend, es wäre doch ein leichtes gewesen, durch entsprechend formulierte Fragen an den Angeklagten jeden Zweifel zu beheben, daß speziell die von ihnen vertretenen Hirschberger Juden gemeint gewesen seien; im übrigen berge der angefochtene Freispruch die Konsequenz, daß die durch die Reichsverfassung verbürgte Gleichberechtigung der Juden mit den nichtjüdischen Deutschen praktisch aufgehoben würde. — Die Revision wurde vom Reichsgericht verworfen.

Der zweite Fall betraf ein Urteil des Glatzer Schöffengerichts gegen den nationalsozialistischen Wanderredner und Stadtrat Franz Gengler aus Nürnberg, der im April 1931 zu Frankenstein in Schlesien in einer Rede: „Alljuda, der Todfeind des deutschen Volkes" die Juden mit blutsaugenden Insekten verglichen hatte, die man „knickt und erstickt" (der Redner machte dabei entsprechende Gesten). Er wurde vom Schöffengericht zu 450 RM., von der Berufungskammer zu 300 RM. Geldstrafe verurteilt. Maßgebend für die Milderung der Strafe war die Tatsache, daß Gengler am Schlusse der Rede doch eine „legale" Lösung der Judenfrage ankündigte.

Die Zweite Strafkammer des Reichsgerichts erkannte auf Aufhebung des Urteils und Rückverweisung an das Erstgericht mit der Begründung, der Vorderrichter habe nicht genügend geprüft, ob tat-

sächlich Verurteilung aus § 130 StGB. erfolgen konnte; ferner wäre noch zu untersuchen, ob denn nicht der Beleidigungsparagraph 185 einschlage. Die Aufhebung erfolgte auf Revision des Verurteilten; die Revision der Nebenkläger wurde verworfen.

Synagogenschändung in Freystadt

Berlin, 19. November. (JTA.) In der Nacht zum 6. November d. J. wurden in der Synagoge in Freystadt (Ostpreußen) — wie dem Centralverein mitgeteilt wird — neun Fensterscheiben eingeworfen. Die Polizei ist um die Ermittlung der Täter bemüht.

Palästina im Wirtschaftssystem des British Empire

London, 16. November. (JTA.) Die Frage der Position Palästinas im Wirtschaftssystem des British Empire ist in der letzten Sitzung des Palästina-Komitees des Jewish Board of Deputies eingehend besprochen worden. Das Komitee wird an die englische Regierung mit dem Ersuchen herantreten, dieser Angelegenheit ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Nahum Sokolow und Dr. Brodetsky beim neuen Kolonialminister

London, 18. November. (JTA.) Der Präsident der Jewish Agency Nahum Sokolow und das Mitglied der Exekutive der Jewish Agency Dr. Selig Brodetsky sind am Dienstag, den 17. November, vom neuen Kolonienminister Herrn Cunliffe-Lister empfangen worden. Die Führer der Jewish Agency unterhielten sich längere Zeit mit dem Kolonienminister über Angelegenheiten Palästinas und des Jüdischen Nationalheims.

Weizmann in Amsterdam

Amsterdam, 19. November. (JTA.) In einer vom holländischen Keren Hajessod in der Amsterdamer Konzerthalle veranstalteten Massenkundgebung, in der Dr. L. E. Visser, Ehrenpräsident des holländischen Keren Hajessod, den Vorsitz führte, hielt Dr. Chaim Weizmann, von der Riesenversammlung mit Enthusiasmus begrüßt, eine Rede über „Die Zukunft des jüdischen Volkes". Er entwarf ein Bild von der Lage des Judentums in der ganzen Welt und wies insbesondere auf die neue Welle des Antisemitismus in Polen hin, die das Gespenst des Pogroms heraufbeschwört, und forderte das holländische Judentum auf, sein Möglichstes dazu beizutragen, daß dem jüdischen Volke eine Heimat in Palästina werde. Der Präsident der Zionistischen Vereinigung Hollands F. Bernstein, Senator Henri Polak und Dr. Adolf Friedemann gaben einen Umriß der Führerpersönlichkeit Weizmanns. Zum Schluß brachte die Zuhörerschaft dem Gast abermals eine große Ovation dar.

Antisemitische Hetze an der Universität Wien

Wien, 20. November. (JTA.) An der Wiener Universität dauert der antisemitische Terror nun schon seit Wochen ununterbrochen an. Die jüdischen Studierenden halten sich der Universität fern, weil sie sich der entwürdigenden Kontrolle durch die nationalsozialistischen Studenten, die mit Zustimmung des Rektors die Pedelle in der „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung" unterstützen, nicht unterwerfen wollen.

Der Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde Wien hat sich in einer am 18. November abgehaltenen öffentlichen Plenarsitzung mit den Vorgängen und Zuständen an der Universität und an den Hochschulen Wiens befaßt und einmütig eine Resolution angenommen, die dem Bundeskanzler Dr. Karl Buresch, dem Vize-Kanzler Dr. Johann Schober, dem Bundesminister Ing. Franz Winkler und dem Bundesminister für Unterricht Prof. Dr. Emerich Czermak übermittelt wurde.

Gespannte Lage in den Prager Hochschulen

Prag, 23. November. (JTA.) Gelegentlich einer an der Prager deutschen Universität für die Hörer des ersten Semesters veranstalteten Intelligenzprüfung haben einige Studenten der deutsch-arischen Korporation „Germania" sechs jüdische Hörer, und zwar fünf ungarische und einen amerikanischen Staatsbürger, aus dem Anatomiesaal hinausgeworfen. Der amerikanische Student erhob sofort Protest beim amerikanischen Konsulat in Prag. Die tschechische Rechtspresse tritt immer schärfer für einen Streik der tschechischen Hörer wegen der großen Zahl von Ausländern an den Prager Hochschulen ein. Die faschistischen Blätter bringen Meldungen, nach denen von 609 Medizinstudenten 160 Ausländer sind. Es wird „sofortige Abhilfe" gefordert.

1 035 154 Einwohner in Palästina

Jerusalem, 20. November. (JTA.) Das Ergebnis der am Donnerstag, den 19. November, durchgeführten Volkszählung in Palästina liegt bereits vor. Danach leben gegenwärtig in Jerusalem 1 035 154 Seelen. Bei der Volkszählung im Jahre 1922 waren es 775 182 Seelen.

In der rein jüdischen Stadt Tel-Awiw wurden gestern 46 062 Einwohner gezählt.

Über die Einteilung der Bevölkerung in Nationen und Konfessionen liegen offizielle Mitteilungen noch nicht vor.

Dr. Joseph Lurie, Leiter des Unterrichtsdepartements der Jewish Agency, zurückgetreten

Jerusalem, 18. November. (JTA.) Dr. Joseph Lurie, früher Direktor des zionistischen Schulwerks in Palästina, der seit dem aus Anlaß des Lehrerstreiks erfolgten Rücktritt Dr. Berksons als Direktor des Unterrichtsdepartements der Jewish Agency fungiert hat, ist nun von diesem Posten zurückgetreten.

Nur 350 Arbeiter-Einwanderungszertifikate bewilligt

Jerusalem, 18. November. (JTA.) „Official Gazette", das amtliche Organ der Palästina-Regierung, teilt mit, daß der Jewish Agency für das nächste Halbjahr 350 Arbeiter-Einwanderungszertifikate, und zwar 150 für Männer zwischen 18 und 35 Jahren und 200 für Frauen in dem gleichen Alter, bewilligt wurden. Die Jewish Agency hat für die gleiche Periode 1720 Chaluz-Zertifikate verlangt.

In einem Gespräch mit Pressevertretern hat der Leiter der Palästina-Exekutive der Jewish Agency Dr. Chaim Arlosoroff sich scharf gegen die Nichtbewilligung der von der Jewish Agency geforderten Chaluz-Einwanderungsquote ausgesprochen und weitere Schritte in dieser Angelegenheit angekündigt. Dr. Arlosoroff wandte sich auch gegen die von der Regierung aus Sparsamkeitsrücksichten beschlossene Auflösung des Instituts zur Erforschung der Malaria, das in den letzten zehn Jahren vom American Joint Distribution Committee unterstützt wurde, dessen Erhaltung aber in diesem Jahre in das Ausgabenbudget des Gesundheitsdepartements der Regierung eingeschlossen war.

Verlängerung des Termins für die Registrierung der illegalen Einwanderer

Jerusalem, 18. November. (JTA.) Die Palästina-Regierung hat den am 15. November abgelaufenen Termin für die Registrierung bzw. Legalisierung des Aufenthalts der auf illegalem Wege nach Palästina gekommenen Einwanderer bis zum 15. Dezember d. J. verlängert, um denjenigen illegalen Einwohnern, die sich noch nicht auf Grund der Amnestie haben registrieren lassen, Gelegenheit zu geben, dies nachzutragen.

Feuilleton

Aus dem Leben Helmut von Gerlachs

Berlin, 11. November. (JTA.) Hellmut von Gerlach, der hervorragende demokratische Publizist und Vorkämpfer der Friedensidee, schilderte vor kurzem in einer im „8 Uhr-Abendblatt" erscheinenden längeren Artikelserie „Von rechts nach links. Der Lebensgang eines Junkers" seinen Lebensgang und seine politische Entwicklung. In einem „Hofprediger Stoecker hat mich belogen" überschriebenen Artikel erzählt Hellmut von Gerlach, daß er bis zu seinem dreißigsten Lebensjahr Antisemit gewesen sei: erst instinktiv, dann aus Überzeugung, dann von kritischen Zweifeln geplagt. In einem stockkonservativen Schloß des konservativsten Wahlkreises Preußens aufgewachsen, bekam er als Kind Juden nur in Gestalt von Fell- und Bündeljuden zu Gesicht. Auf dem Gymnasium hatte er höchstens ein halbes Dutzend jüdischer Mitschüler, die von den übrigen Schülern in ein geistig-gesellschaftliches Ghetto eingesperrt wurden. „Verstandesmäßiger Antisemit" ist Gerlach erst durch die Erziehung im Verein deutscher Studenten geworden, dessen Götter Hofprediger Stöcker und Professor von Treitschke waren. Durch seine rednerische Betätigung im Verein deutscher Studenten kam Gerlach schon als ganz junger Mensch in persönliche Berührung mit den führenden Antisemiten, besonders mit Otto Glagau, der aus rein persönlichen Gründen Antisemit geworden war. Sein Schlagwort lautete: „Die soziale Frage ist die Judenfrage." Glagau hatte eine Patentmedizin zur Lösung der sozialen Frage erfunden: Los von den Juden, und die soziale Frage ist gelöst! Gerlach, für den die soziale Frage im Vordergrund des Interesses stand, ging zu Glagau, zu dem die unzufriedenen Hofleute und abgesetzten Generale wanderten, damit er ihre Schmerzen in dem von ihm herausgegebenen „Kulturkämpfer" an die Öffentlichkeit bringe. Liebermann von Sonnenberg, ein wegen Schulden entlassener Rittmeister, damals unbestritten der Führer der Antisemiten, bot Gerlach, als er gerade 26 geworden war, einen freigewordenen antisemitischen Reichstagssitz an. Liebermann von Sonnenberg war ein Organisator und ein Gesellschafter von hohen Graden. Jeder Wahlkreis, den er in Spezialbearbeitung nahm, konnte von vornherein als erobert gelten. Dichten, singen und saufen konnte er gleich gut.

In der 17. Fortsetzung „Lieber zehn Juden als ein Antisemit!" erzählt Gerlach, daß sein Antisemitismus durch Liebermann von Sonnenberg den ersten starken Stoß erhielt. Er stellte an Liebermann die Frage, was eigentlich das wissenschaftliche Problem des Antisemitismus sei. Liebermann antwortete lachend: „Lieber Freund, darüber lassen Sie sich keine grauen Haare wachsen. Erst wollen wir eine politische Macht werden. Dann wollen wir uns die wissenschaftliche Grundlage für den Antisemitismus suchen." Gerlach, dem die Wissenschaft immer als das Höchste erschienen war, war erschüttert über die Formel: Erst Macht, dann Wissenschaft! „Meine Augen", schreibt er, „begannen sich zu öffnen. Bald sah ich ringsum im antisemitischen Lager die grauenhafte wissenschaftliche Öde."

Die Partei eroberte einen Wahlkreis nach dem anderen, bei den Reichstagswahlen von 1893 hatten die Antisemiten 16 Sitze errungen. Aber als sie nun in Fraktionsstärke im Reichstag saßen und man von ihnen Taten erwartete, da erlebte man nur persönliche Zänkereien und Eifersüchteleien. Jeder von ihnen, Liebermann von Sonnenberg, Zimmermann, Dr. Böckel, Paul Förster, Ahlwardt, Köhler usw., war eigentlich eine Partei für sich. Man konnte kein Antijudengesetz vorlegen, weil man sich über den Begriff „Jude" zu einigen nicht imstande war. Alle stimmten darin überein: „Was er glaubt, ist einerlei, — in der Rasse liegt die Schweinerei."

Ebenso groß wie seine intellektuelle Enttäuschung an den Antisemiten war seine ethische. In den Volksversammlungen wetterten die Herren gegen die „jüdische Unmoral". War die Versammlung aus, so zog man in die antisemitische Weiberkneipe des Herrn Rieprich. Bald hatte jeder der deutschen Tugendwächter eine oder noch lieber zwei Kellnerinnen um sich und auf sich. Einer der lautesten antisemitischen Rufer war Dr. Paul Liman. Wolf von Dallwitz stellte aus dem Kirchenbuche fest, daß erst Limans Vater vom Judentum zum Christentum übergetreten war. Als Liman daraufhin vorgehalten wurde, daß er eigentlich nicht gerade zum Vorkämpfer des Rassenantisemitismus qualifiziert sei, suchte er sich herauszulügen: Sein Vater habe ihm erzählt, er sei italienischen Ursprungs und deshalb so schwarz und wollig. Ahlwardt war der gefeiertste Redner der Antisemiten. In ganz Deutschland berühmt geworden war er durch seine Bücher „Judenflinten" und „Eid eines Juden". Dallwitz, selbst feurigster Antisemit, ging zu ihm, um die Beweise einzusehen. Ahlwardt erklärte nur: „Wenn ich etwas nicht beweisen kann, behaupte ich es eben."

Gerhard hat unter den antisemitischen Führern nur wenig anständige Leute kennengelernt, die wenigen Anständigen waren wissenschaftlich so ungebildet, daß einen die Empörung packen konnte, wenn man sie aus der Nähe beobachtete. Demagogen waren sie alle. „Vom Antisemitismus", schreibt Gerlach, „haben mich weniger die Juden als die Antisemiten abgebracht. Ich kannte kaum einen einzigen Juden."

Später hatte Gerlach das Glück, mit klugen konservativen Männern, die nicht antisemitische fühlten, in enge persönliche Beziehung zu treten. Adolph Wagner und der Hofprediger Frommel und der Klosterprobst Freiherr von Liliencron erzählten ihm aus ihren Erfahrungen heraus von großen Juden, die sie als große Menschen und große Deutsche kennengelernt hätten. Er begann, sich mit der Geschichte des Judentums über den Antisemiten-Katechismus hinaus zu beschäftigen. Er kam zu den folgenden Schlüssen: Warum wurden die Juden nur Anwälte und fast nie Richter? Doch nur, weil die paar Juden, die überhaupt in den Richterberuf hineinkommen konten, unfehlbar auf den untersten Stufen stecken blieben. Warum waren die Juden so unkriegerisch? Weil ihnen in Preußen nicht nur die Offizierslaufbahn verschlossen war, sondern sie nicht einmal Reserveoffizier werden konnten. Warum waren so wenig Juden Handwerker? Weil sie bis zur Judenemanzipation von den Zünften ausgeschlossen waren. Warum waren sie nicht Ackerbauer? Weil sie bis 1812 keinen Landbesitz erwerben durften. Warum befaßten sich so viele von ihnen mit Geldgeschäften? Weil unter der Geltung des kanonischen Rechtes nur sie Geldgeschäfte hatten betreiben dürfen. Alles dies hätte ich natürlich wissen können und wissen sollen, ehe ich zur Judenfrage Stellung nahm. Aber weiß es etwa heute Adolf Hitler?

Gerlach berichtet über sein erstes Zusammentreffen mit Juden. Von entscheidender Bedeutung wurde für ihn die Bekanntschaft mit Charles L. Hallgarten in Frankfurt a. M., dem das Geldverdienen nicht

Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck war. Die zweite Hälfte seines Lebens widmete er ausschließlich der Nutzbarmachung seines Vermögens für Werke der Humanität. Seine Hand war weit geöffnet für alle menschenfreundlichen Ziele überkonfessioneller Natur. Zu gleicher Zeit mit Hallgarten trat ein anderer Frankfurter Jude, Herr Merton, mit riesenhaften Stiftungen für gemeinnützige Zwecke in die Erscheinung. Hatte je, fragt Gerlach, einer unserer Schwerindustriellen mit ihren Dutzenden von Millionen, hatte je einer unserer Magnaten mit ihren Zehntausenden von Hektaren Landes von seinem Überfluß eine irgendwo erhebliche Stiftung zum Nutzen des Gemeinwohls gemacht?

Wie der Schnee vor der Sonne, schließt Gerlach, schwand mein Irrglaube von dem Idealismus als Monopol der Arier und dem Materialismus als Stigma der Semiten. Noch 1892 hatte ich auf dem Tivoli-Parteitage der Konservativen dem Redner zugejubelt, der in den Saal rief: Lieber zehn Ahlwarts als ein Freisinniger! Wenige Jahre später stand für mich fest: Lieber zehn Juden als ein Antisemit!

Gemeinden- und Vereins-Echo

Sitzung des Vorstands und der Gemeindevertretung vom 19. November 1931

Die Gemeindevertretung faßte zunächst Beschluß über die Besetzung der durch den Rücktritt von Kommerzienrat Dr. Wassermann freigewordenen Ämter. Es wurde einstimmig Herr Walter Weiß zum Mitglied des Vorstandes gewählt. Herr Weiß erklärte die Annahme der Wahl und versprach, sein Amt, in das er nicht nur durch das Vertrauen seiner Partei, sondern auch mit Zustimmung der übrigen Mitglieder der Vertretung berufen wurde, unparteiisch im Interesse der Gesamtgemeinde zu führen. — An Stelle des Herrn Weiß wurde sodann Herr Dr. Karl Löwenthal zum stellvertretenden Vorsitzenden der Gemeindevertretung gewählt. Es wurden ferner Ersatzwahlen zu den Ausschüssen und zu den Delegationen in die Vorstände einiger von der Gemeinde subventionierten Organisationen vorgenommen. Zum nächsten Punkt der Tagesordnung wurde sodann im Sinne der bayerischen Notverordnung vom 31. Oktober 1931 eine weitere Gehaltskürzung von 1% beschlossen für die mit Gehältern über 1800 RM. angestellten Beamten, die nicht der 5prozentigen Kürzung der ledigen und kinderlosen Beamten unterliegen.

Die Gemeindevertretung beschloß weiter die Anstellung eines zweiten Rabbiners, nachdem Herr Oberstlandesgerichtsrat Dr. Neumeyer eingehend auseinandergesetzt hatte, daß mit einer solchen Anstellung irgendeine materielle Neubelastung nicht verbunden sein wird, da hierdurch eine weitere Lehrkraft an Stelle eines in Pension getretenen Beamten gespart wird. In geheimer Sitzung wurde auf den Posten des zweiten Rabbiners Herr Dr. Robert Geiß aus Frankfurt a. Main berufen, und zwar mit Wirkung zum Frühjahr 1932. —

Die Frage des Abschlusses eines Empfehlungsvertrages der Gemeinde mit dem Verein Familienschutz wurde dem Finanzausschuß überwiesen. Schließlich wurde beschlossen, den Termin für die Gemeindewahlen auf 13. März 1932 festzusetzen. Zu gewissen technischen Änderungen der Wahlordnung wird der Gemeindevorstand ermächtigt.

Vom Landheim Wolfratshausen

Es ist recht stille geworden um das Landheim Wolfratshausen. Früher vernahm man häufig aus Kindermund begeisterte Worte über das Kinderheim. Aber das Kinderheim ist nicht mehr. Ein Erholungsheim für Erwachsene ist erstanden. Aber so wenig Leute wissen von dem schönen Heim in der herrlichen, gottgesegneten Gegend, von dem milden Klima dieser bergumrandeten Landschaft, dem „Isarmeran", von der wunderbaren, nervenheilenden Ruhe, die dort herrscht und der guten, billigen Unterkunft, die im Landheim geboten wird.

Erst vor einigen Tagen kam es mir zu Bewußtsein, welcher Segen diesem Heim entströmen könnte, wenn von der Erholungsmöglichkeit, die da geboten wird, Gebrauch gemacht würde.

Die beiden oberen Klassen der jüdischen Volksschule besuchten dieser Tage auf einem Heimatkundeausflug zum Starnberger See diese jüdische Erholungsstätte.

Welchen Jubel löste es bei unseren Kleinen aus, als sie erfuhren, daß in dem Heime gerastet werde, in dem viele von ihnen früher so schöne Stunden verbracht hatten.

Die liebenswürdige Leiterin empfing uns und gleich waren die Kinder im großen Speisesaal wieder heimisch. Sie ließ es sich nicht nehmen, die Kinder zu bewirten. Der herrliche große Park lud zu lustigen Spielen ein. Dabei lachte die Sonne so freundlich vom Himmel, wie man es eben nur im Isartale erleben kann.

Mir scheint, daß auch Erwachsene hier Erholung und Ruhe finden könnten. Darum machet Gebrauch von dem Segen, der Euch hier geboten wird:

Gute Verpflegung und billige Preise!
Was will man noch mehr? a.

Zionistische Ortsgruppe München. Am Montag, 22. November, sprach im Kreise der Zionistischen Ortsgruppe, Herr Dr. Elias Auerbach, über das Thema: das Judentum am Scheidewege. Er brachte darin in anregender und menschlich sehr sympathischer Weise wieder einmal die zionistischen Ideen zum Ausdruck und schilderte die Entwicklung der praktischen zionistischen Arbeit. Man spürt, daß Herr Dr. Auerbach selbst lange Zeit in Palästina gelebt hat und den ungeheuren Aufschwung des Landes in den letzten Jahrzehnten miterlebt hat. Der Referent fand großen Beifall.

Jaakobs Traum. Die Jungbühne im Jüdischen Jugendheim brachte am Samstag, den 21. November, „Jaakobs Traum" von Richard Beer-Hofmann mit großem Erfolg zur Aufführung. Dies, der Bibel entnommene Geschehen, das in der Beer-Hofmannschen Ausdeutung so schwierige, philosophische Fragen berührt, wurde gut erfaßt und packend dargestellt, besonders in den männlichen Rollen des Jaakob (Alfred Obermeyer) Edom und Idnibaal (Rudolf Lewin und Willi Arnold). Besonders Jaakob machte großen Eindruck. Das Bühnenbild war wirkungsvoll. Das gute Zusammenspiel ließ die feste Hand des Regisseurs Heinz Brenner erkennen. — Wir gratulieren der Jungbühne zu ihrem ersten so erfolgreichen Versuch und hoffen, daß es nicht bei diesem Versuch allein bleiben wird! T. B.

Jüdischer Jugendverein. Margarethe Bach (Wien) sprach im überfüllten Saale der „Concordia" biblische und deutsche Dichtungen. Um es gleich zu sagen: Der Jugendverein hatte seinen großen Tag! Von den ersten Versen an schlug die Künstlerin alle in den Bann ihres wohlklingen-

den und modulationsfähigen Organs. Es war eine Lust, auf einem Podium wieder einmal vollendete Sprechtechnik Dichtung neu formen zu hören in einer beseelten Kunst, wie sie nur ganz Großen (z. B. Ludw. Wüllner) eigen ist. Die Art, wie Margarethe Bach u. a. Liliencrons „Geheimnis", Rilkes „Die Blinde", Goethes „Der Gott und die Bajadere" oder in fein-charakterisierendem Humor Rittners „Konzertsaal" rezitierte, riß die Zuhörer zu stürmischem Beifall hin, der die Künstlerin zu wiederholten Zugaben veranlaßte und ihr den Wunsch nach baldigem Wiedersehen und -hören in enthusiastischer Weise zum Ausdruck brachte. (S. K.)

Jüdischer Jugendverein

I. Donnerstagabende. Lessingsaal. Beginn: 20.30 Uhr. 3. Dezember, Vortragsabend: „Freud, Coué und die moderne Psychotherapie." (Referent: Dr. Horn.) — 10. Dezember: (Im Saale der „Concordia".) — — **Chanukka-Feier** — —

II. Freitagabende. Jugendheim. Beginn: 20.30 Uhr.

III. Skikurs. Meldungen sofort an Hermann Knoblauch, Trogerstraße 40.

Das Chanukka-Konzert des „Jüdischen Kammerorchesters" findet Samstag, den 12. Dezember, abends 8.15 Uhr, im Museumssaal, Promenadestraße 12, statt.

In der letzten Nummer dieses Blattes und auf den angeschlagenen Plakaten ist irrtümlicherweise Prannerstraße angegeben. Wir machen darauf aufmerksam, daß der Museumssaal sich nicht in der Prannerstraße, sondern in der Promenadestraße befindet.

Da die Karten zu RM. 2.20 in nur geringer Anzahl vorhanden sind, empfiehlt sich eine rechtzeitige Sicherung derselben.

Sitzplätze zu RM. 2.20 und 1.10 sind im Vorverkauf zu haben bei: Gemeindekanzlei, Herzog-Max-Straße 7/I; Ewer-Buchhandlung, Ottostraße 2; Pelzgeschäft D. Goldberg, Schwanthalerstraße 24; Fräulein Camilla Hohenberger, im Lessinghaus, Herzog-Rudolf-Straße 1/I, Rückgeb. Stehplätze zu RM. —.70 für Schüler und Studenten nur gegen Ausweis an der Abendkasse.

Jüdischer Kulturverein J. L. Perez, München. Samstag, den 28. November, abends 8.45 Uhr, findet im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1, der Einführungsvortrag in die moderne Jiddische Literatur durch Herrn Josef Löwy, statt. Thema: „Die Entstehung der Jiddischen Sprache." Gäste und Interessenten herzl. willkommen.

Die weiteren Vorträge des angekündigten Vortragszyklus werden rechtzeitig bekanntgegeben.

Gesamtausschuß der Ostjuden, München. Verein Bes Jakob gratuliert seinem 1. Vorsitzenden, Herrn Gidalewitsch und Frau zur Verlobung ihres Sohnes Salo, sowie Herrn und Frau Olschinsky zur Barmizwah ihres Sohnes Artur. RM. 3.—.

Der Gesamtausschuß der Ostjuden gratuliert Herrn Karl Wiesel nachträglich zum 50. Geburtstag und hofft zum 70. Geburtstag rechtzeitig zu gratulieren.

Der Gesamtausschuß der Ostjuden gratuliert seinen Vorstandsmitgliedern Herrn Gidalewitsch und Rosner zur Verlobung ihrer Kinder.

Aus dem Münchener Bar-Kochba

Bar-Kochba: Damen- und Mädchenabteilung. Es ist uns gelungen, für unsere neu gegründete Leichtathletik-Abteilung Fräulein Lisa Gelius als Leiterin zu gewinnen. Wir geben bekannt, daß die Trainingsabende jeweils Mittwoch 19.30 Uhr in der Sporthalle des Sportvereins Sendling, Plinganserstraße 84 (Straßenbahnhaltestelle Harras oder Sendlinger Weinbauer der Linien 6 oder 16), stattfinden und hoffen, daß recht viele unserer Mitglieder daran beteiligen werden. Von Mitgliedern des Bar-Kochba werden außer den Mitgliedsbeiträgen keine weiteren Beiträge erhoben.

Der Leichtathletik-Abteilung können auch Damen und Mädchen, die bisher nicht Mitglied des Bar-Kochba waren, gegen Entrichtung des üblichen Mitgliedsbeitrags beitreten. Neuanmeldungen werden an den Übungsabenden entgegengenommen.

Das Training beginnt Mittwoch, den 2. Dezember.

„Bar-Kochba". Jugend-Fußballabteilung. In der nächsten Spielrunde müssen wir in Dachau und Unterföhring spielen. Auf freie Fahrt können jedoch nur solche Spieler rechnen, die mit ihren Beiträgen auf dem laufenden sind. Es bringe daher jeder Spieler beim nächsten Spiel seine Beiträge mit.

Das Hallentraining, das jeden Mittwoch von halb 8 Uhr bis 10 Uhr in der Sendlinger Halle stattfindet, muß unbedingt besucht werden. Es ist Pflicht jedes Einzelnen im Interesse der ganzen Mannschaft pünktlich zum Training zu kommen.

Wilhelm Weißmann.

Zionistischer Jugendkreis Nürnberg-Fürth. Am Donnerstag, dem 19. November, sprach im Jung-Zionistischen Kreis Herr Stefan Aufhäuser vom Jüdischen Jugendbund über das Thema: „Ist der Zionismus die Lösung der persönlichen Judenfrage", eine Frage, die bereits 14 Tage vorher von Herrn Dr. M. Nußbaum vom zionistischen Standpunkt aus behandelt worden war. Herr Aufhäuser, der sich wesentlich von der herrschenden liberalen Anschauung abgrenzte und dem Zionismus Zugeständnisse machte, vertrat aber doch die Ansicht, daß die Lösung der persönlichen Judenfrage durch den Zionismus nur für einen kleinen Teil jüdischer Menschen möglich sei.

An der sehr anregenden und lebhaften Diskussion beteiligten sich die Damen Steffi Braun und Senta Punfud und die Herren Dr. Liebstaedter, Josef Schukstelliski, Jak Zurawel, Reiner Hirsch, Albert Salzer, Zwi Landau, Josef Wechsler und Josef Garai.

Jewish Agency, Nürnberg. Am Montag, dem 30. November, abends halb 9 Uhr, im Blauen Saale des Hotels Wittelsbach (nicht wie irrtümlich in der letzten Nummer Bauer-Saal), spricht Herr Dr. Elias Auerbach (Berlin) über: „Wirtschaftskrise und Palästina-Aufbau". Herr Dr. Auerbach, der auch durch seine jüdisch wissenschaftlichen Werke bekannte Redner, hat viele Jahre als Arzt in Palästina gelebt und ist mit den Fragen des Palästina-Aufbaus wie wenige andere vertraut. Sein Vortrag dürfte daher allgemein interessieren. — Zur Deckung der Unkosten werden RM. —.50 Eintritt erhoben.

Neue Wege jüdischer Propaganda

Berlin. Die Verbindung Jüdischer Studenten Maccobaea im Kartell Jüdischer Verbindungen tritt anläßlich ihres 25jährigen Bestehens am Donnerstag, dem 3. Dezember, im Lehrervereinshaus (Alexanderplatz) mit einer großen Zionistischen Kundgebung an die Öffentlichkeit. Das Thema des Abends lautet:

„Jüdische Not — Jüdischer Aufbau"
Galuth und Palästina.

Im Rahmen dieser Veranstaltung wird die von der Maccobaea gebildete Propagandagruppe „Barak" das aus dramatischen Szenen, Sprechchören und Songs zusammengesetzte Stück: „Die einzige Lösung" zur Darstellung bringen. Das Stück versucht, die gegenwärtige Situation der Judenheit und die Möglichkeiten des Palästina-Aufbaus für die Lösung der Judenfrage darzulegen. Der Text ist von Dr. Sally Lewin, die Musik von Daniel Sambursky. Dr. Siegfried Kanowitz und Dr. Fritz Löwenstein werden die Probleme des Stückes in Einzelreferaten behandeln. Der Chor des Brith Haolim wird mit hebräischen Liedern zur Ausgestaltung des Abends beitragen.

Spenden-Ausweis

Spendenausweis des Nürnberger Büros vom 20. November 1931

Spendenbuch: Herr u. Frau Alfred Ney anl. der Geburt ihres Sohnes 10.—.

Allgemeine Spenden: Anläßl. einer Filmvorführung Dr. Dankwerths spenden: Josef Kraus, Oskar u. Erich Stock je 20.—; Dir. Manasse, Arnold Weinstock, Dr. D. Karpf je 10.— = 70.—.

Wertzeichen: Heinz Ellern 1 KKL-Telegramm —.50, Frau Dr. Nußbaum 2 Vogelschau-Landkarten 1.50.

Büchsen: Durch Tilde Nußbaum (Franz Steinhardt 5.—, Dr. M. Nußbaum 5.89, Siegfried Kahn 4.—) 14.89.

Durch Zwi Landau (Bernstein S. 6.13, M. Götz 2.—, Bieringer —.58) 8.71.

Durch Karl Goldmann von B. Bing 1.—.

Durch Beno Steinwell (Fürth) Blücher 2.70, Bierer —.95 = 3.65.

Summe: 110.25.

Seit 1. Oktober 1931 aufgebracht: 1142.58.

ISA STRAUS
Dr. IGNAZ EMRICH
VERLOBTE
MÜNCHEN, Widenmayerstr. 47
Zu Hause: Sonntag, 6. Dezember 1931

Bekanntmachung

Sonntag, Nachmittag halb 3 Uhr, findet im Kreuzbräu die

Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht;
2. Rechenschaftsbericht über den Synagogen-Neubau;
3. Anstellung des Herrn Friedländer als Kantor;
4. Entlastung;
5. Neuwahl.

Eintritt **nur für Mitglieder.**

Für die verehrl. Damen unserer Mitglieder sind Zuhörerplätze reserviert.

Vereine:
Linath-Hazedek und Agudas-Achim

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.